

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung
SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: - (1993)

Heft: 4

Rubrik: Energieszene

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.06.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Energie 2000 wirkungslos

Eine schubladisierte Studie beweist die Wirkungslosigkeit von Adolf Ogis Energiesparkampagne. Das Meinungsforschungsinstitut Ipsos hat in diesem Frühjahr dem Bundesamt für Energiewirtschaft (BEW) eine Studie abgeliefert, die die Wirkung der bundesrätlichen Energiepolitik untersuchte. Resultat: 80 Prozent der SchweizerInnen wussten zum Beispiel mit Begriffen wie "Bravo" und "Energiefrieden" nichts anzufangen.

Die Erkenntnisse der Studie sind so blamabel, dass das Papier vorerst einmal in der sicheren Schublade zwischengelagert worden ist. Weder der Bravo-Eiertanz nach dem Motto "Sparen ohne Vorschriften", noch das an die Wirtschaft gerichtete "Bravo plus" spornten die SchweizerInnen zum Energiesparen an. Alter Wein in neuen Schläuchen ist das Aktionsprogramm Energie 2000, das Ogi 1991 nach der Annahme des Atommoratoriums verordnet hat. Trotz farbenfrohen Broschüren, millionenschweren Filmen und wirbligen Auftritten von Ogi, verfehlte das Aktionsprogramm eine Verhaltensänderung.

Wohl haben drei Viertel aller befragten Personen schon mal was von Energie 2000 gehört. Aber: "Absicht und Inhalt von Energie 2000 sind im breiten Publikum noch kaum bekannt." Ein Drittel derjenigen, die schon von Energie 2000 gehört haben, können überhaupt nichts Konkretes zum Aktionsprogramm sagen. Noch am ehesten bekannt ist das Ziel einer Stabi-

lisierung des Energieverbrauchs. Bei einigen in Erinnerung haften blieb überdies die Förderung der erneuerbaren Energie und die Diskussion um die Atomkraftwerke. Erstaunlich mutet insbesondere die Erkenntnis an, dass mit dem Wort "Energiefrieden" nur ein Fünftel der Befragten etwas anzufangen weiss. Dies obwohl sich Ogi und verschiedene Umweltverbände in den vergangenen Monaten einen erbitterten Schlagabtausch geliefert haben, nachdem der Bundesrat dem AKW Mühleberg die Bewilligung zu einer zehnprozentigen Leistungserhöhung erteilt hatte.

Auf die Frage, ob sie grundsätzlich mit einer Leistungssteigerung in den bestehenden AKW einverstanden seien, äusserte sich ein Drittel der Befragten ablehnend. Innerhalb des westschweizerischen Befragtenkreises war gar die Hälfte dagegen.

Energie 2000 ist für eine Mehrheit der Bevölkerung eine leere Worthülse geblieben. Ohne Gebote und einer Lenkungsabga-

be ist der ungezügelter Energiekonsum hierzulande nicht in den Griff zu kriegen. Denn mit Pathos und PR alleine kann die Öffentlichkeit nicht sensibilisiert werden.

Auf der Skala der wichtigsten Probleme rangiert laut Ipsos-Umfrage das Thema Energie weit abgeschlagen hinter Arbeitslosigkeit, Drogenproblematik, Asyl- und Flüchtlingsfragen, Umweltschutz und anderen Dauerbrennern erst auf dem achten Platz. Dabei würden Taten statt Worte durchaus Anklang finden. Eine Mehrheit wäre bereit, Energie zu sparen, auch wenn dies mit einer persönlichen Komforteinbusse verbunden wäre.

Und in der Wirtschaft, wo das Interesse an kostensparenden Energiesparmassnahmen besonders gross sein sollte, wird Energie 2000 laut Ipsos kaum wahrgenommen.

Auftragsgemäss bezog Ipsos auch die Medien in die Untersuchung ein. Dort vermag Ogi im Bereich Energiepolitik nicht sehr zu überzeugen. Seinem Engagement vermögen die Medienvertreter in der Mehrheit nicht mehr richtig Glauben schenken, da er ein paar zweifelhafte Kompromisse eingegangen sei und ansonsten noch keine mutigen politischen Entschiede getroffen habe.

Weltwoche 26.8.93

Alternative Energien benachteiligt

Alternative Energieformen lassen sich zwar medienwirksam verkaufen (zum Beispiel im Rahmen des Aktionsprogramms Energie 2000), ohne jedoch einen substantiellen Beitrag zur eidgenössischen Energieversorgung zu führen. Warum? Ein zentrales Argument der Vertreter alternativer Energien sind die verzerrten Kostenstrukturen. Die Erstellung einer Kilowattstunde Energie kommt mit traditionellen Energieträgern immer noch viel billiger als zum Beispiel mit Sonnenenergie. Ein Verkauf dieser teureren Energie ist somit nur möglich über die Bereitschaft der Gesellschaft, einen höheren Preis zu bezahlen. Die Geschichte zeigt aber klar, dass mit Freiwilligkeit allein kein Staat zu machen ist. Alternativen bleiben also solange benachteiligt, bis bei den traditionellen Energieträgern die durch sie verursachten externen Kosten in den Preisen berücksichtigt werden. Da zu erwarten ist, dass mit der Zeit die Defizite über den Markt in die Preissetzung aufgenommen werden, würde eine Energiesteuer einen Wettbewerbsvorteil bringen.

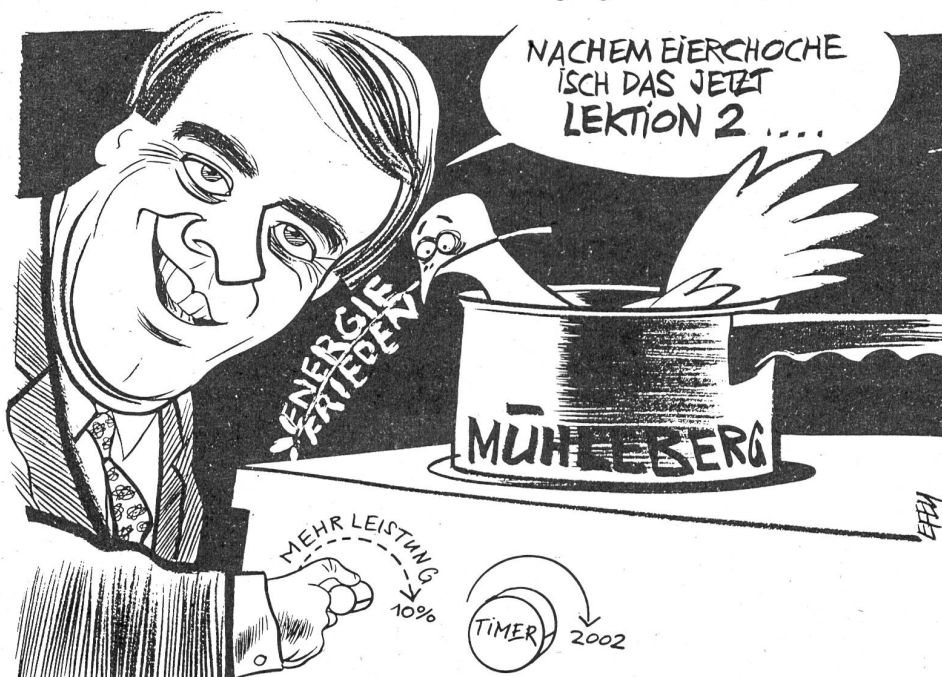
Die aufgrund des kommenden wirtschaftlichen Aufschwungs zu erwartende Steigerung der Energienachfrage wird vorwiegend über den Leistungsausbau von bestehenden Kernkraftwerken und die Produktionssteigerungen der Wasserkraftwerke erfolgen. Für die nächsten Jahre rechnet die BAK Konjunkturforschung Basel AG mit einer Erhöhung der Wertschöpfung der Branche Energie um durchschnittlich zwei Prozent.

Handels Zeitung 11.11.93

Bewilligungsverfahren umstritten

Die Zentralisierung der Bewilligungsverfahren für Atommüllager ist heftig umstritten. Befürwortende und ablehnende Stimmen halten sich die Waage. Trotz dieses Patts will der Bundesrat die Botschaft wie vorgesehen Ende Jahr dem Parlament vorlegen.

Noch vor dem Entscheid, das Endlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle im Wellenberg bei Wolfenschiessen



NW zu bauen, hatte der Bundesrat Mitte Februar 1993 eine Teilrevision des Atomgesetzes in die Vernehmlassung gegeben. Die Teilrevision soll den Bau der Endlager erleichtern. Die zurzeit bei den Kantonen liegenden Konzessionen und Bewilligungen sollen neu dem Bund übertragen werden. Die nationale Genossenschaft für radioaktive Abfälle Nagra soll ein Enteignungsrecht erhalten. 37 Vernehmlasser befürworten diese Vorschläge, 33 lehnen sie ab, darunter 16 Umweltorganisationen und atomkritische Verbände. Nur zwei Kantone (AR, SG) verzichteten auf eine Stellungnahme.

TA 29.9.93

EG-Energiesteuer vorerst vom Tisch

Grossbritannien hat im Oktober bei einem Treffen der EG-Umweltminister erwartungsgemäss als einziges Land die Einführung einer Energiesteuer abgelehnt. Damit ist dieses Thema mindestens bis Ende Jahr erledigt. Experten bezweifeln, dass die Europäische Gemeinschaft ohne die Einführung einer Energiesteuer ihre Zusage von Rio verwirklichen kann, die Kohlendioxidemissionen (CO₂) bis zum Jahre 2000 auf dem Niveau von 1990 zu stabilisieren.

TA 6.10.93

Finnen gegen Ausbau der Atomenergie

Das finnische Parlament hat Ende September mit 107 zu 90 Stimmen gegen den von der Regierung vorgeschlagenen Bau eines fünften Atomreaktors gestimmt. Mit dieser Abstimmung, deren Ausgang als völlig offen galt, konnten Finnlands Atomkraftgegner die zehn Jahre dauernde Auseinandersetzung über den Ausbau der Atomenergie endgültig für sich entscheiden. Bei der mehr als zweitägigen Debatte im Parlament waren die Fronten quer durch fast alle Fraktionen verlaufen.

TA 25.9.93

Schweiz will CO₂-Ausstoss vermindern

Die Schweiz verpflichtet sich, ihre CO₂-Emissionen innert der nächsten sieben Jahre auf dem Stand von 1990 zu stabilisieren.

Gegen den Widerstand von rechts hat der Nationalrat in der zweiten Hälfte September wie zuvor der Ständerat den Beitritt zum Weltklimaabkommen befürwortet, das Bundesrat Cotti 1992 am Umweltgipfel in Rio unterschrieben hat. Nun kann der Bundesrat die Weltklimakonvention ratifizieren.

TA 24.10.93

Stromverbrauch ging um 2,8 % zurück

Erstmals seit 18 Jahren sinkt der Stromverbrauch in der Schweiz. Er ging im hydrologischen Jahr 1992/93 (Oktober bis September) gegenüber dem Vorjahr um 2,8 % auf 46 802 Mio Kilowattstunden zurück. Ursachen dafür sind die Rezession sowie der milde Winter.

TA 30.10.93

Zuviel Atomstrom

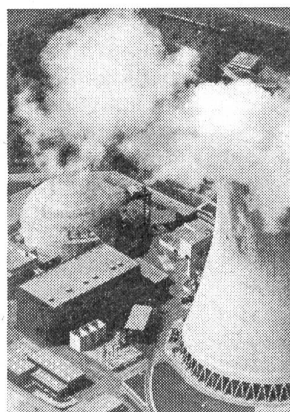
Schweizer Elektrizitätswerke haben sich viel französischen Atomstrom in Form von langjährigen Bezugsrechten unter den Nagel gerissen. Zuviel. Ein Extrembeispiel dafür sind die Nordostschweizerischen Kraftwerke (NOK). Sie müssen ihren Überschuss nun mit Verlust auf dem freien Markt verschleudern.

Die NOK verkauften im Geschäftsjahr 91/92 über einen Viertel ihres Stromes ausserhalb ihres Versorgungsgebietes. Für diese Verkäufe an Dritte, so lässt sich aus den veröffentlichten Zahlen ausrechnen, erhielten sie im Durchschnitt bloss 4,99 Rappen pro Kilowattstunde. Für den Strombezug von ihren Partnerwerken im Inland, aus ihren festen Bezugsrechten in Frankreich und Tschechien, plus im freien Handel bezahlten sie im Durchschnitt aber 6,37 Rappen. Das ergibt beim Verkauf an Dritte einen Verlust von 1,38 Rappen pro verkaufte Kilowattstunde oder von 64 Millionen Franken im Jahr.

Weltwoche 28.10.93

Alle 24 Jahre ein GAU

Laut International Nuclear Safety Group INSAG wird die Wahrscheinlichkeit der Freisetzung grosser Mengen radioaktiver Stoffe durch einen Atomunfall alle 10 000 bis 100 000 Reaktorjahre geschätzt. Anfang 1993 waren weltweit in 31



Weltweit 423 Atomreaktoren

Ländern 423 Atomreaktoren in Betrieb. Sie hatten bis dann 6500 Reaktorjahre auf dem Buckel. Geht man von den Berechnungen der INSAG aus, ergibt sich, dass etwa alle 24 Jahre mit einem GAU irgendwo auf der Welt zu rechnen ist (10 000 Jahre : 423 Reaktoren = 24 Jahre). Erschreckend an diesen Zahlen ist, dass nicht vorausgesagt werden kann, ob der nächste GAU schon morgen passieren wird oder erst in den berechneten 24 Jahren. Auch die Heftigkeit der Auswirkungen lassen sich nicht voraussagen, sie könnten jene von Tschernobyl durchaus noch übertreffen. Je mehr Atomreaktoren dazukommen, desto baldere ist mit einem GAU zu rechnen. Zurzeit sind weltweit 70 Atomkraftwerke im Bau.

Mühleberg stillegen Nov. 93

Noch drei Millimeter bis zum Atomunfall

Obwohl dem bayrischen Umweltministerium bekannt war, dass bestimmte Stahlrohre im Kernbereich des AKW Ohu 1 bei Landshut beschädigt waren, durfte der Atommeiler im Sommer 1992 wieder anlaufen. Beim Austausch der Rohre und eines Pumpensystems in diesem Sommer fanden die Behörden insgesamt 23 Risse. Die Risse waren bis zu 16 Zentimeter lang und bis zu neun Millimeter tief in die Rohre eingefurcht. Die Rohre selbst waren nur maximal 12 Millimeter dick.

Diese ungewöhnliche (Un)Sicherheitspraxis brachte für die Betreiber des Siedewasserreaktors erhebliche wirtschaftliche Vorteile. Hätte das Ministerium schon im Sommer 1992 auf einen Austausch der Rohre be-

standen, hätte Ohu 1 mehrere Monate lang stillgelegt werden müssen - mit den entsprechenden Verdienstaussfällen für die Betreiber.

taz 27.9.93

Nun bittet Clinton um Energiesparen

Von den ökologischen Plänen des US-Präsidenten ist nur noch ein zerfleddertes Programm übriggeblieben. Mit einer Liste von rund 50 Ideen will Bill Clinton die Luftverschmutzung verringern und eine bessere Energieausnutzung erreichen. Die Crux an der Sache: Die Vorschläge bauen allesamt auf den guten Willen der Industrie: Gesetze, Vorschriften und Sanktionen sind nicht (mehr) vorgesehen.

Freiwillig soll sich die Wirtschaft verpflichten, die für den Treibhauseffekt verantwortlichen Emissionen zu vermindern. Dafür soll sie mindestens 60 Milliarden Dollar investieren - was angesichts der Wirtschaftslage nicht sehr wahrscheinlich sein dürfte. Aus dem Staatshaushalt sollen 1,9 Milliarden kommen. Sie sollen nach Clintons Willen aus anderen Programmen umgeschichtet werden.

Private Investitionen für Wasserkraft stehen ebenso auf Clintons Wunschliste wie die Entwicklung energiesparender Haushaltgeräte und die Einrichtung von Technologiezentren, die Hausbauer über Wärmedämmung beraten. Die Regierung will ausserdem die Wirtschaft dazu anhalten, in den nächsten zehn Jahren auf energiesparende Lichtquellen, Klimaanlage und Computersysteme umzurüsten.

Ein Energiesparprogramm in den USA tut Not. Passiert nichts, werden bis zum Jahr 2000 weitere sechs Millionen Tonnen Treibhausgase in die Luft geblasen. Schon heute verursachen die fünf Prozent der Weltbevölkerung, die in den USA leben, 25 Prozent der Kohlendioxidemissionen. Clinton versicherte, dass bei einer Umsetzung seines Programms zu Beginn des nächsten Jahrtausends nicht mehr Treibhausgase in die Atmosphäre geblasen würden als 1990. Der Beschluss der UNO-Umweltkonferenz in Rio würde damit umgesetzt.

taz 20.10.93